Bayerischer Landtag
2. Legislaturperiode
Tagung 1950/51

Beilage 404

Interpellation

Betreff:
Der bayerische Ministerpräsident und die Außenpolitik

1. Welche Schritte hat die Staatsregierung unternommen, um den vom CDU-Informationsdienst gemachten Versuch einer Einschränkung des verfassungsmäßigen Rechts jedes bayerischen Ministerpräsidenten, in außenpolitischen Fragen öffentlich Stellung zu nehmen, zurückzuweisen?
2. Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um dieses verfassungsmäßige Recht gegen künftige Eingriffe zu sichern?

Begründung

Der bayerische Ministerpräsident, der zugleich Präsident des Bundesrats und Vorsitzender des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten ist, hat in einer Ansprache über den Bayerischen Rundfunk vor kurzem auch Bemerkungen über die außenpolitische Lage und die außenpolitischen Aufgaben der Bundesrepublik gemacht. Er sagte unter anderem, seine Funktion im Bundesrat verpflichte ihn, künftig besonders für die Beachtung des Grundsatzes einzutreten, daß der Bundesrat weder an der Außenpolitik vorbeigehen noch die Außenpolitik am Bundesrat vorbeigeführt werden dürfe. Im übrigen bewegten sich seine Ausführungen wesentlich in Gedankengängen des Bundeskanzlers.

Wenige Tage später veröffentlichte der CDU-Informationsdienst eine scharfe Rüge an die Adresse Dr. Ehards. Diese brüske Zurechtweisung wurde bereits 24 Stunden später auf Wunsch der CDU in dem von der SPD-Bundestagsfraktion herausgegebenen Politisch-Parlamentarischen Pressedienst weiterverbreitet.

München, den 3. April 1951

Dr. Etzel
und Fraktion (BP)

Beilage 405

Antrag

Betreff:
Errichtung einer eigenen Versorgungsabteilung im Arbeitsministerium

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird beauftragt, innerhalb des Staatsministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge eine eigene Versorgungsabteilung (Fachabteilung) zu errichten.

Gleichzeitig wird die Staatsregierung ersucht, beim Bund dahin zu wirken, daß im Bundesarbeitsministerium eine selbständige Abteilung für Kriegsopferfragen errichtet wird.

München, den 28. März 1951

Pfeffer
und Fraktion (BHE)

Beilage 406

Antrag

Betreff:
Aufwandsentschädigung für Flüchtlingsvertrauensleute

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, eine Anordnung dahingehend zu erlassen, daß die Flüchtlingsvertrauensleute für ihre ehrenamtliche Tätigkeit eine der Einwohnerzahl ihrer Gemeinden entsprechende Aufwandsentschädigung erhalten.

München, den 22. März 1951

Ullrich, Thellmann-Bidner
und Fraktion (DG)

Beilage 407

Antrag

Betreff:
Abstandnahme von der Wiederverwendung der ehemaligen Infanterie-Kaserne in Nürnberg-Schweinau für militärische Zwecke

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird gebeten, bei den zuständigen amerikanischen Stellen dahin zu wirken, daß die ehemalige Infanterie-Kaserne in Nürnberg-Schweinau, die inzwischen zivilen Zwecken zugeführt wurde, nicht wieder zur Kaserne umgewandelt wird.

München, den 31. März 1951

Behringer
und Fraktion (FDP)